

A Alfred-Dallinger-Platz 1 E service@gpa.at T 05 0301 301 ZVR 576439352  
1030 Wien W www.gpa.at F 05 0301 300 UID ATU 162 731 00

An RCE Graz-Styria  
Zentrum für nachhaltige Gesellschaftstransformation

Unser Zeichen: DGU/ZEI

DW: 21225/21578

Datum:

## **BETREFF: Social Economy Deklaration**

die Gewerkschaft GPA dankt für die Übermittlung der oben genannten Deklaration und gibt nachfolgende Stellungnahme ab:

### **ALLGEMEINER TEIL:**

Die Empfehlungen an Akteur:innen der Social Economy in Österreich, wie sie in der Deklaration dargelegt werden, werden von der Gewerkschaft GPA im Allgemeinen unterstützt und als wichtige Maßnahmen angesehen, um den Sektor zu stärken und das nachhaltige Wachstum der Social Economy zu fördern.

Der Aufbau einer wirksamen Interessenvertretung ist von großer Bedeutung, da die gemeinsame Organisation und Lobbyarbeit dazu beitragen können, die Fragmentierung des Sektors zu überwinden. Indem die Akteur:innen gemeinsame Ziele und Interessen formulieren und gegenüber politischen Entscheidungsträger:innen vertreten, können sie ihre Anliegen besser durchsetzen und die Sichtbarkeit der Problemstellungen - auch in Verbindung mit schlechten Arbeitsbedingungen - der Social Economy erhöhen. Die Beteiligung am sozialen Dialog ist für die Gewerkschaft GPA von großer Bedeutung, insbesondere wenn Organisationen und Unternehmen der Social Economy benachteiligte Personengruppen beschäftigen. Durch die aktive Teilnahme am Dialog können die spezifischen Bedürfnisse dieser Personengruppen und Organisationen besser berücksichtigt und in politische Entscheidungen einbezogen werden. Dies trägt zu einer gerechteren und inklusiveren Arbeitswelt bei und kann die Chancengleichheit für alle Beschäftigten fördern.

Allgemein sind die Kernanliegen aus Sicht der Beschäftigten der *Sozialwirtschaft Österreich* die allgemeinen Rahmen- und Arbeitsbedingungen im Sektor der Social Economy. Dazu zählen allen voran:

- höhere Einkommen
- kürzere Arbeitszeiten und sichere Arbeitszeitgestaltung (Dienstplangestaltung, Dienstplansicherheit)

- Erhöhung des Personalstands

Aus Sicht der Gewerkschaft GPA sind verkürzte Arbeitszeiten und eine Erhöhung des Personalstands keine Gegensätze. Durch bessere Arbeitsbedingungen (reduzierte Arbeitszeit und höheres Einkommen) können mehr Personen für die Arbeit in der Social Economy gewonnen und vor allem in dauerhafter Beschäftigung gehalten werden. Dazu ist auch die Bereitschaft der Social Economy Unternehmen in ihrer Rolle als Arbeitgeberinnen notwendig, Arbeitsplätze Vollzeit auszuschreiben.

Der Großteil der in der Deklaration erhobenen Forderungen tragen dazu bei, den Sektor zu stärken, das Bewusstsein für seine Potenziale zu schärfen und die Interessen der Beschäftigten zu vertreten. Die Gewerkschaft GPA unterstützt diese Maßnahmen und ist bereit, mit den Akteur:innen der Social Economy zusammenzuarbeiten, um gemeinsame Ziele zu erreichen und eine gerechte und nachhaltige Arbeitswelt voranzubringen.

## **KONKRETER TEIL:**

### Zu 1.1:

Die Definition der Social Economy nach der vorliegenden Deklaration umfasst auch Unternehmen, die den größten Teil „der Gewinne und Überschüsse zur Durchführung von Aktivitäten im Interesse der Mitglieder/Nutzer [...] oder der Gesellschaft insgesamt“ reinvestieren. Durch die nicht eindeutig notwendige Nutzung der Gewinne für die Gesellschaft insgesamt (auch eine Nutzung nur für die eigenen Mitglieder) ist die Definition von Social Economy Betrieben selbst unter Einbeziehung der weiteren Kriterien (demokratische/partizipative Führung, Vorrang des Menschen und des ökologischen/sozialen Zwecks) recht weit gefasst, auch etwa politische Lobby-Organisationen würden darunterfallen. Darüber hinaus sei darauf hingewiesen, dass in vielen Unternehmen, die klassisch der Social Economy zuzurechnen sind (etwa im Pflege- und Betreuungsbereich) die Führung streng hierarchisch aufgebaut ist und nicht auf demokratischen oder partizipativen Grundlagen beruht. Eine entsprechende Nachschärfung der Definition wird empfohlen.

Redaktioneller Hinweis: Der Begriff Sozialwirtschaft wird in der Deklaration synonym zur Social Economy verwendet, bezeichnet aber im generellen Sprachgebrauch eine bestimmte Gruppe an Unternehmen im Sozialbereich („Sozialwirtschaft Österreich“) mit eigenem Kollektivvertrag. Eine generelle Nutzung des Terminus Social Economy wird empfohlen.

### Zu 1.2:

Die Gewerkschaft GPA unterstreicht die Aussage der Deklaration, dass die Social Economy „essenzielle Leistungen der Daseinsvorsorge, im gemeinnützigen Wohnbau, für die Landwirtschaft und die regionale Entwicklung“ erbringt. Die Herausarbeitung der transformativen Potential der Branche wird unterstützt.

Hinsichtlich demokratischer Aspekte wird empfohlen, einen Hinweis auf die innerbetriebliche Demokratie (Betriebsräte) aufzunehmen, da es sich um einen gewerkschaftlich gut organisierten Bereich handelt. In diesem Zusammenhang verstanden wird der Formulierung zugestimmt, die Arbeit von Social Economy

Unternehmen sei „von Kooperation und Demokratie“ geprägt. Insgesamt zeigt die Gewerkschaft GPA allerdings Skepsis bei dieser allgemeinen Zuschreibung, da von einigen Unternehmen der Branche bereits Handlungen gesetzt wurden, die keineswegs von diesen Merkmalen geprägt waren.

### Zu 3.1:

Die Gewerkschaft GPA begrüßt die geforderte Berücksichtigung sozialer Kriterien bei der Auftragsvergabe und ergänzt um folgende Forderungspunkte:

- Die Direktvergabe oder auch die unmittelbare Leistungserbringung durch die öffentliche Hand, zum Beispiel auf der Schiene, ist beizubehalten. Dieser Grundsatz soll im gesamten Bereich der Daseinsvorsorge zur Anwendung kommen.
- Die Gemeinden und Länder müssen selbst darüber entscheiden können, ob sie Leistungen im Rahmen ihrer Zuständigkeit selbst, durch ein öffentliches Unternehmen (Inhouse-Vergabe) oder nach Durchführung eines Auswahlverfahrens erbringen.
- Eine tiefgehende Reform des europäischen Vergabeverfahrens, um einen hohen regionalen Wertschöpfungsanteil zu fördern. Dabei ist klarzustellen, dass wirtschafts-, sozial- und beschäftigungspolitisch qualitative Zielsetzungen sowie Vorgaben zur Förderung von Frauen verstärkt berücksichtigt werden müssen.
- Eine Abkehr vom europäischen Wettbewerbsverfahren zugunsten vereinfachter Auswahlverfahren mit Transparenzvorschriften.

Hinsichtlich der Mittelverwendung des Aufbau- und Resilienzplans der EU empfiehlt die GPA eine Schwerpunktsetzung in den Bereichen Arbeitsmarkt, Gesundheit und Frauen. Die Mittelverwendung ist bis 2026 vorgesehen, eine Nachbesserung ist demnach noch möglich.

Im Unterpunkt „Arbeitsmarktpolitik“ bedarf die Zahl der Personen mit „sonstigen gesundheitlichen Einschränkungen“ einer Zeitangabe, da Stand Juni 2023 50.314 Personen mit diesem Merkmal beim AMS vorgemerkt waren, nicht wie in der Deklaration beschrieben 62.000.

Im Unterpunkt „Investitionsbedürfnisse und Finanzierung“ distanziert sich die Gewerkschaft GPA von der pauschalen Forderung „mehrjährige (degressive) Förderung von am Arbeitsmarkt benachteiligten Menschen“, da insbesondere beim Arbeitslosengeld degressive Zahlungen abgelehnt werden. Hier wäre eine Konkretisierung, welche Leistungen degressiv gestaltet werden sollen, beziehungsweise eine Streichung des Ausdrucks in Klammer, wünschenswert.

Hinsichtlich der Forderung nach Änderungen im Insolvenzrecht schlägt die Gewerkschaft GPA vor, das Modell der Insolvenzstiftung so weiterzuentwickeln, dass bei Insolvenzen Beschäftigte sich finanzieren und umqualifizieren können, um Unternehmen der Social Economy insbesondere im ökologischen und sozialen Bereich zur Verfügung zu stehen.

Im Unterpunkt „Bewusstseinsbildung und Kompetenzentwicklung“ wird eine steuerliche Entlastung zur Förderung gemeinwohlorientierten Wirtschaftens gefordert. Die Gewerkschaft GPA lehnt eine solche Steuerreduktion ab. Bereits jetzt wird 80 Prozent des Steueraufkommens von Arbeitnehmer:innen und Konsument:innen bestritten. Eine weitere Verschärfung dieser Schieflage ist nicht akzeptabel. Gemeinwohlorientiertes Handeln sollte aus Sicht der Gewerkschaft GPA durch strengere Normensetzung erreicht werden. Dem Sozialstaat darf nicht weiter die Finanzierungsgrundlage entzogen werden. Denkbar wäre eine aufkommensneutrale Umverteilungslösung.

Im Unterpunkt „Gesellschaftliche Rahmenbedingungen“ wird von der Bundesregierung gefordert: „Reduktion sozialer Ungleichheit durch Steuerstrukturreform und Lohnpolitik“. Die Gewerkschaft GPA schließt sich der Forderung nach der Reduktion sozialer Ungleichheit an, kann aber die Forderung nach Eingriff in die Lohnpolitik durch die Bundesregierung nicht akzeptieren. Lohnpolitik ist ausschließliche Angelegenheit der Sozialpartner und muss das bleiben. In diesem Sinne empfiehlt die Gewerkschaft GPA dringend die Wortgruppe „und Lohnpolitik“ aus dem Kapitel 3.1 „Forderungen an die Bundesregierung“ zu streichen.

#### Zu 3.2:

Die Gewerkschaft GPA ersucht um Aufnahme des Punktes „Aktive Unterstützung von Betriebsratsgründungen und gelebte innerbetriebliche Demokratie“. Es kann nur im Interesse sozialer Transformationsdynamiken sein, die Beschäftigten durch demokratisch gewählte Körperschaften einzubeziehen.

**Wir ersuchen um Übermittlung der finalen Fassung nach Einarbeitung aller Stellungnahmen und verbleiben**

mit besten Grüßen

Christoph Zeiselberger  
Wirtschaftsbereichssekretär Sozialwirtschaft